

Galwer Zeitung

HEIMATBLATT FÜR STADT UND LAND

MONTAG, 29. OKTOBER 1951

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

7. JAHRGANG / NR. 169

Fortschritte in Pan Mun Jon

Prinzipielle Einigung über Demarkationslinie
PAN MUN JON. Die alliierten kommunistischen Delegierten haben sich gestern nach zwei längeren Besprechungen im Prinzip über den Verlauf der Demarkationslinie beim Abschluß eines Waffenstillstandes geeinigt, wird von der amerikanischen Delegation bekanntgegeben. Die Kommunisten haben nach Beratungen über den alliierten Vorschlag zur Lage der Demarkationslinie ihrerseits Pläne hierzu eingereicht, die den amerikanischen in allen wesentlichen Zügen entsprechen. Das nächste Treffen ist für heute angesetzt.

Andere Beobachter äußern sich allerdings zurückhaltender über den tatsächlichen Fortschritt bei den Waffenstillstandsgesprächen. An der Front nahm bei geringer Erdkampftätigkeit der Luftkrieg an Heftigkeit zu. Ein Pulk amerikanischer Superfestungen, der im Schutze von 112 amerikanischen und australischen Jägern eine Brücke anflug, wurde von 105 kommunistischen Düsenjägern angegriffen. Die alliierten Maschinen kehrten nach einem erbitterten Luftkampf unversehrt zu ihren Einsatzhöfen zurück bis auf eine Superfestung.

Voraussichtlich am 9. Dezember

Termin für Südweststaat-Wahl
BONN. Die Volksabstimmung in den Ländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden über die Frage der Bildung eines Südweststaates wird voraussichtlich am 9. Dezember stattfinden. Nach dem Neugliederungsgesetz ist der Bundesinnenminister ermächtigt, den Termin der Volksabstimmung festzusetzen.

Die Frage, ob im Lande Baden Wahlen zu einem neuen Landtag abgehalten werden, oder ob der neue Landtag durch eine Volksabstimmung verlängert wird, ist noch nicht entschieden, erklärte der badische Staatspräsident Leo Wohleb in Freiburg. Es gäbe ebensoviel Gesichtspunkte für wie gegen eine Landtagswahl. Sollten Neuwahlen notwendig werden, so könnten sie unmöglich gleichzeitig mit der Abstimmung über die Neugliederung stattfinden.

Bundeswohnungsbauminister Eberhard Wildermuth vertrat anlässlich der Hauptversammlung der DIMITAG-Gemeinschaft mittlerer Tageszeitungen in Bad Godesberg unsern Vertreter gegenüber die Auffassung, daß in Württemberg-Hohenzollern die anstehenden Gemeinderats- und Kreistagswahlen nicht nur mit der Volksabstimmung über die Verlängerung der Landtagsperiode, sondern auch gleich mit der Südweststaatsabstimmung verbunden werden, um die Wählerschaft nicht zu ermüden.

Pariser Verhandlungen kommen in Fluß

Rahmenentwurf der Europaarmee bis Dezember / „Konferenz arbeitet gut“

PH. BAD GODESBERG. Graf Joh. Adolf v. Kielmannsegg von der deutschen Delegation bei den Pariser Militärverhandlungen berichtete am Samstag in Bad Godesberg im Auftrag des Delegationsführers Theodor Blank über den Stand der Gespräche in Paris. Seit einigen Wochen sei insofern eine veränderte Situation dort festzustellen, als das Konferenzverfahren durch die Bildung eines Planungsausschusses wesentlich verbessert worden sei. Die Konferenz arbeite jetzt „gut und schnell“. Es seien bereits Fortschritte erzielt, die zu einer positiven Beurteilung der Gesamtverhandlungen berechtigten. Einen Rahmenentwurf über die Europaarmee hoffe man bis Anfang Dezember vorlegen zu können.

Das bisher wichtigste Ergebnis für Deutschland sei, daß es in der künftigen Europa-Armee keinerlei Diskriminierung gebe, und daß die Gesamtstreitkräfte der einzelnen Länder mit geringen Ausnahmen in der europäischen Armee aufgehen werden. Der Streit über die Frage: Deutsche Divisionen oder Kampfgruppen, sei gelöst durch eine Entscheidung General Eisenhowers, sogenannte „Groupments“ zu schaffen, die jeweils unter nationaler militärischer Führung stehen und Eisenhower unmittelbar unterstellt werden. Die europäische Armee werde keine Koalitionsarmee im alten Sinne des Wortes sein, sondern eine „neue Integration“.

Ob der deutsche Beitrag in Form einer Freiwilligenarmee oder auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht erfolgen werde, sei noch nicht entschieden. Neben allgemeinen politischen Überlegungen sei für die Beantwortung dieser Frage nicht zuletzt die Entscheidung des Bundesparlamentes maßgebend.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Prof. Walter Hallstein, ging in diesem Zusammenhang auch auf die Bonner Verhandlungen ein und sprach die Hoffnung aus, daß man beide Verhandlungskomplexe gleichzeitig abschließen könne. Die außenpolitische Zielsetzung der Bundesrepublik lasse sich auf die Formel bringen: Einheit und Freiheit. Im Anschluß an den Westen, in der Erhaltung des Friedens durch eine starke Verteidigung Europas und in der Ablehnung jedes An-

Adenauer legt bis Mittwoch Rahmenvertrags-Entwurf vor

Verhandlungen über Souveränität im entscheidenden Stadium / „Fortschritte“

BONN. Bundeskanzler Adenauer und die drei Hohen Kommissare wollen bei ihrer Zusammenkunft am Mittwoch versuchen, die Bonner Verhandlungen über die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und die Pariser Militärbesprechungen aufeinander abzustimmen. Der deutsch-alliierte Sachverständigenausschuß ist beauftragt worden, bis Mittwoch über den Bundeskanzler einen Entwurf für einen Rahmenvertrag zur Verwirklichung des Washingtoner Abkommens vorzulegen. Dadurch soll die notwendige Gleichschaltung mit den Pariser Verteidigungsbesprechungen erreicht werden. Mit der Vorlage des Entwurfs zum Rahmenvertrag hofft man auf deutscher Seite die Bonner Verhandlungen von der Ebene der Beratungen auf die Ebene der Entscheidungen verlegen zu können. Sobald eine Einigung über den Entwurf erzielt ist, wird dieser mit der Empfehlung zur Ratifikation den alliierten und deutschen Regierungen und Parlamenten zugeleitet werden.

Der Rahmenvertragsentwurf, den Bundeskanzler Adenauer am Mittwoch vorlegen wird, soll das Besatzungsstatut und die Hohe Kommission abschaffen. Regierungskreise warnen in diesem Zusammenhang vor „unbegründetem Optimismus“, wengleich man sagen dürfe, daß die Verhandlungen des Bundeskanzlers mit den Hohen Kommissaren „Fortschritte“ gemacht hätten.

Der Rahmenvertrag wird das Kernstück der gesamten Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den Alliierten darstellen. In ihm werden die Grundsätze und Richtlinien geregelt, unter denen die Einordnung der Bundesrepublik in die westdeutsche Gemeinschaft erfolgen soll. Es wird zum Ausdruck kommen, daß die Bundesrepublik einen gleichberechtigten Anteil an der europäischen Gemeinschaft erhält. Von besonderer Bedeutung dürfte dabei die Formel sein, mit der die deutsche Gleichberechtigung ausgesprochen wird. Aus ihr ergeben sich die Rechte und Pflichten, die die Bundesrepublik zur militärischen Sicherung des Friedens in Europa erhält. An die Stelle der Hohen Kommissare sollen Botschafter der drei Westmächte treten. Ferner dürfte mit der Ablösung des Besatzungsstatuts die Aufhebung der sogenannten Generalklausel verbunden sein, die den Alliierten bisher die Möglichkeit gab, nach ihrem Ermessen in deutsche Verhältnisse einzugreifen. Die Bundesregierung ihrerseits

wird zu politischer und militärischer Zusammenarbeit mit ihren neuen westlichen Partnern verpflichtet werden. Die militärische Zusammenarbeit soll innerhalb der europäischen Streitmacht erfolgen, über die gegenwärtig in Paris noch verhandelt wird.

Der Rahmenvertrag wird sich nur auf die Festlegung der politischen und militärischen Grundsätze beschränken. Alle Einzelheiten, die sich aus der Ablösung des Besatzungsverhältnisses ergeben, müssen in besonderen Verträgen behandelt werden. So zum Beispiel die Stationierung der alliierten Sicherheitsstreitkräfte in der Bundesrepublik. Als Muster sollen hier ähnliche Abkommen herangezogen werden, die zwischen den Atlantikpaktmächten abgeschlossen wurden, wobei jedoch die Finanzierungsfrage noch nicht geklärt ist. Andere Verträge wiederum werden die deutschen und alliierten Verbindlichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete betreffen. Grundsätzlich sollen damit alle bisher noch bestehenden industriellen Produktionsbeschränkungen fortfallen. Schließlich ist noch ein Vertrag über die Probleme einer deutschen Wiedervereinigung geplant.

Jetzt wieder Nürnberg

VfB Stuttgart verliert Spitze

Ohne große Sensationen endeten die Begegnungen der Süddeutschen Oberliga am Sonntag. Höchstens der eindeutige 5:1-Erfolg von VfB Mühlburg über 1860 München darf als unerwartet bezeichnet werden. Einen Wechsel gab es wieder in der Tabellenführung, da Nürnberg in Schweinfurt mit 3:1 siegreich blieb und damit den VfB Stuttgart verdrängen konnte, der in Frankfurt bei der Eintracht nicht über ein 0:0 hinauskam. In Aschaffenburg standen sich die „Spezialisten“ auf Unentschieden gegenüber: Viktoria u. Waldhof. Ergebnis 1:1.

Fangio Weltmeister

Der Argentinier Fangio gewann am Sonntag in Barcelona auf Alfa Romeo den „Großen Preis von Spanien“ und sicherte sich damit die Automobilweltmeisterschaft von 1951.

Zwei Niederlagen in Brüssel

Beim ersten Auftreten deutscher Berufsboxer in Belgien mußten die Deutschen Kohlbrecher und Feitze gegen den Belgier Sys und den amerikanischen Neger Jones Niederlagen einstecken.

West-Süd-Toto: 1 1 1 0 2 1 2 2 1 0 0 2 1 0.

Bemerkungen zum Tage

Meidet Schumacher die Debatte?

H. Warum spricht der 1949 in direkter Wahl gewählte Abg. Dr. Schumacher nicht mehr im Bundestag? Es vergeht keine politische bedeutende Sitzungswoche, an deren Ende nicht der Parteivorsitzende Schumacher auf einer Pressekonzferenz zu den im Parlament behandelten Themen Stellung nehmen würde. Er pflegt dann den Standpunkt seiner Partei noch einmal zu präzisieren und gelegentlich redigiert er auch ein wenig die Ausführungen, die seine Parteifreunde kurz zuvor im Bundestag machten. Auch auf Partei- und Wahlversammlungen der SPD drückt sich der SPD-Vorsitzende an keiner Stellungnahme vorbei. Doch im Parlament beschränkt sich der Abg. Schumacher auf Zwischenrufe. In sozialdemokratischen Kreisen hieß es, er wolle nur noch zu ganz wichtigen Anlässen sprechen und sonst die Fraktion zu Worte kommen lassen. Ja, ist denn die Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht die wichtige Frage und rangieren nicht die Probleme der Außenpolitik unmittelbar an zweiter Stelle? Der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Schumacher ergriff trotzdem nicht das Wort. Es ist vielmehr zu erfahren, daß er erst bei der dritten Lesung des Gesetzes über die Ratifizierung des Schuman-Plans wieder sprechen will. Das wird nicht vor dem Frühjahr 1952 der Fall sein. Wir glauben nicht, daß Schumacher mit dieser Disposition sich, seiner Partei, dem Parlamentarismus und der Demokratie überhaupt einen guten Dienst erweist. In welchem Land wäre sonst so etwas denkbar?

Nicht müde werden!

H. Das vor einigen Tagen der Weltöffentlichkeit vorgelegte Weißbuch über die Austreibung des sudetendeutschen Volkes aus seiner Heimat hat das sich schon wieder im Dämmerzustand befindliche Gewissen der

Völker an das Schicksal aller jener Menschen erinnert, die dem Krieg und dem Haß zum Opfer gefallen sind. Wer selbst den Zusammenbruch in der Tschechoslowakei erlebt hat, wird sich mit Schauern an die Menschenjagden erinnern, die Angehörige des tschechischen Volkes auf Deutsche unternommen haben, und er kann über die entsetzlichen Greuelthaten berichten, deren tschechische Menschen in jenen Tagen fähig gewesen sind. Bei aller Würdigung dessen, was den Tschechen unter der Herrschaft des „Dritten Reiches“ angetan worden ist, gibt es für die schändliche Hinordnung Hunderttausender von Deutschen und für die Austreibung von Millionen keine Rechtfertigung, so wie es keine Rechtfertigung für die Vernichtung der Juden in Deutschland und in den seinerzeit besetzten Gebieten gibt.

Die durch das Weißbuch bekannt gewordenen Untaten lassen uns nicht kalt. Sie erregen unser tiefstes Mitleid für die Opfer und unsere größte Abscheu gegen die Mörder. Aber wir wollen uns davor hüten, im tschechischen Volk ein Volk der Mörder und Henker zu sehen, so wie das die gegen uns eingestellte Welt in den Jahren nach 1945 in Biedermannsmanier dem deutschen Volk gegenüber getan hat. Wir wollen auch keine Rache fordern, sondern Gerechtigkeit für die Opfer der Austreibung. Insonderheit dürfen wir Deutsche selbst in der Sorge um diese von Unmenschlichen aus ihrer angestammten Heimat Vertriebenen nicht müde werden.

Mobilisierungsgesetz gebilligt

Ägypten geht wieder einen Schritt weiter
KAIRO. Der ägyptische Staatsrat hat gestern das allgemeine Mobilisierungsgesetz gebilligt. Das Gesetz sieht die Einberufung aller Ägypter im Alter von 18 bis 50 Jahren im Falle eines Kriegs oder bei drohender Kriegsgefahr vor. Es bedarf, um in Kraft treten zu können, jetzt nur noch der Bestätigung durch das Kabinett. Unterrichtete Kreise in Kairo erklären, das Kabinett werde die Bestätigung des Gesetzes sehr schnell vollziehen, um „für alle Entwicklungen gewappnet zu sein“.

In einer offiziellen Note hat die ägyptische Regierung den britischen Botschafter in Ägypten, Sir Ralph Stevenson, davon unterrichtet, daß der britisch-ägyptische Vertrag von 1936 und der Kondominiumsvertrag für den Sudan „von sofort an keine Gültigkeit mehr haben“. Damit bestehe auch für Großbritannien keine Vollmacht mehr, eine Garnison in der Suezkanalzone zu unterhalten.

Die gesetzgebende Versammlung des Sudan hat mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, in der die Kündigung des Sudanabkommens durch Ägypten als illegal bezeichnet wird.

Die Wahlen in der Schweiz

GENÈVE. Die Schweizer haben gestern ihren neuen Nationalrat und einen Teil der Mitglieder des Ständerates gewählt. Vollständige Ergebnisse der Wahlen werden erst in einigen Tagen vorliegen. Bisher steht auf Grund der Meldungen aus Genf und Basel lediglich fest, daß drei der sieben Arbeiterpartei (Kommunisten) im Nationalrat wiedergewählt worden sind. Jeder der 196 Abgeordneten im neuen Nationalrat vertritt 24 000 Schweizer. Das aktive und passive Wahlrecht haben in der Schweiz nur die Männer.



Staatssekretär Prof. Dr. Hallstein berichtet in Bad Godesberg vor der Presse über den augenblicklichen Stand der deutsch-alliierten Verhandlungen und die Ziele der Bonner Außenpolitik. Links neben Prof. Hallstein der Verleger Dr. Viktor Wurm, Göttingen, der Präsident der DIMITAG-Gemeinschaft mittlerer Tageszeitungen, anlässlich deren Hauptversammlung der Presseempfang stattfand. Foto: dpa

